

"Erzwingungshaft" gegen Flüchtlinge  
als neuster Renner?

Freiburg, Bezirksstelle gegen Asyl (Vauban-Kaserne)

In dem staatlichen Aufnahmelager, dem Regierungspräsidium Freiburg unterstellt, müssen derzeit etwa 500 Flüchtlinge leben, unter ihnen auch 15 Flüchtlinge aus Ruanda. Das Bundesamt, das die Anhörungen durchführt, vertreten durch den "Spezialisten" Hettling, ist der Ansicht, diese 15 Flüchtlinge seien "Trittbrettfahrer" (Zitat aus Ablehnungsbescheid), d.h. sie würden tatsächlich nicht aus Ruanda kommen, sondern nur mit dieser Begründung versuchen, durch das Asylverfahren zu kommen. Es teilt den davon Betroffenen u.a. direkt in der Anhörung mit, dass ihr Asylantrag als "offensichtlich unbegründet" abgelehnt werde (hierzu werden Fragen nach einer angeblich landesüblichen Biersorte, nach der Beschaffenheit von Kfz-Schildern benutzt)

Nun verbleibt der staatlichen Behörde (u.a. Koch vom Regierungspräsidium - RP-) das Problem, wohin diese Flüchtlinge abgeschoben werden können. Mit offenkundigen Erpressungsmanövern werden sie unter Druck gesetzt, Angaben über ihr Herkunftsland zu machen. Gleichzeitig setzt das RP eine Testperson ein -sie arbeitet gleichzeitig als Dolmetscherin in den Asylverfahren und stamme angeblich aus Ruanda- , um über ihre Eindrücke zum Beweis zu gelangen, dass diese Flüchtlinge tatsächlich aus anderen Ländern stammen würden. Unter einem Vorwand wurden die Flüchtlinge vorgeladen, um ihnen mit sogen. Erzwingungshaft bis zu 1 Monat zu drohen. Flüchtlinge aus Zaire, Angola, Togo etc. haben schon lange nur minimale Chancen, aus den Asylverfahren ohne Abschiebung herauszugehen; bei Ruanda musste Mitte des Jahres ein vorläufiges Bleiberecht gewährt werden.

Peinlich ist nur, dass einem der so bedrohten Flüchtlinge selbst von der Botschaft Ruandas in Bonn bescheinigt wurde, dass er tatsächlich aus Ruanda kommt.

Werden zukünftig Asylverfahren geführt, bei denen Flüchtlinge nur noch als "Trittbrettfahrer" denunziert werden, um sich ihrer damit so schnell wie möglich zu entledigen? Asylverfahren als Lotto-spiel, in dem die Behörden in jedem Fall den Hauptgewinn landen wollen?

Freiburg, 21.12.94  
SAGA